

Bildung und Forschung

Mehr Geld für Studenten

Im Zeichen der Bildung stand die vergangene Woche im Deutschen Bundestag. Die teilweise Abschaffung des Kooperationsverbots und die Bafög-Reform waren zwei Kernthemen im Parlament. So soll die Ausbildungsförderung ab Herbst 2016 um sieben Prozent steigen, schon ab nächstem Jahr übernimmt der Bund die komplette Finanzierung des Bafögs.



Foto: picture alliance / dpa

Staatliche Unterstützung: Sieben Prozent mehr Bafög für Studenten

„Noch nie wurde so viel Geld für Bildung und Forschung ausgegeben wie heute“, sagte Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka (CDU) stolz. Investitionen, die sich lohnen – für jeden einzelnen, aber auch für die Volkswirtschaft im Ganzen. Sie seien der Schlüssel für Wohlstand und Lebensqualität.

Bereits im Regierungsprogramm von CDU und CSU ist die Anpassung des Bafögs angekündigt. „Es geht vor allem darum“, unterstrich Katrin Albrecht (CSU), „das Bafög an die veränderten Lebenswirklichkeiten der Studierenden anzugleichen.“ Die Bafög-Reform enthält viele Punkte: eine Hebung der Einkommensfreibeträge, um den Kreis der Förderberechtigten zu erhöhen, die Erhöhung des Wohngeldzuschusses, den Abbau von Bürokratie und vor allen Dingen die Anpassung der Regelsätze. So sollen die Studierenden ab Oktober 2016 sieben Prozent mehr

Geld erhalten; schon ab 1. Januar 2015 übernimmt der Bund die Kosten der Ausbildungsförderung zu 100 Prozent. Das entlastet die Länder um rund 1,7 Milliarden Euro, denn bisher mussten sie sich mit 35 Prozent an der Finanzierung beteiligen. Albrecht betonte, dass die Länder die freiwerdenden Mittel in die Bildung, insbesondere in die Hochschulen, investieren sollen. „So ist es vereinbart.“ Bayern gehe mit gutem

**In Bildung und
Forschung
investieren**

Beispiel voran: 90 Prozent sollen den Hochschulen zu Gute kommen und zehn Prozent den Schulen.

Der Bund soll künftig auch mit Zustimmung aller Länder Hochschulen institutionell fördern können. Bislang war diese gemeinsame Förderung durch Bund und Länder aufgrund des im Grundgesetz festgelegten Kooperationsverbots nur zeitlich begrenzt möglich. Die entsprechende Änderung des Grundgesetzes wurde am Freitag in erster Lesung im Parlament debattiert.



Liebe Leserinnen und Leser,

die außenpolitischen Krisenherde haben die Lage der Bundeswehr wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Obwohl sich die Bundeswehr in vielen Einsätzen weltweit einen exzellenten Ruf bei unseren internationalen Partnern erarbeitet hat, werfen die Berichte über mangelnde Einsatzfähigkeit von Hubschraubern, Panzern und Flugzeugen ein schlechtes Licht auf den Zustand unserer Streitkräfte.

Schon Anfang des Jahres hatte Bundesverteidigungsministerin von der Leyen eine umfangreiche Bestandsaufnahme zentraler Rüstungsprojekte in Auftrag gegeben, die am Montag vorgelegt wurde. Darin kommen die Gutachter u.a. zu dem Ergebnis, dass Beschaffung und Management der Rüstungsvorhaben zu verbessern sind.

Die Verteidigungsministerin hat daraufhin tief greifende Änderungen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr angekündigt. So wird das Ministerium eine Strategie zum Erhalt von Schlüsseltechnologien und ein Beschaffungskonzept entwickeln, das Vertragsmanagement verbessern und ein Projekt „Sicherheitstechnologien der Zukunft“ aufsetzen. Noch in diesem Jahr werden wichtige Rüstungsbeschaffungsentscheidungen auf den Weg gebracht und die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die materielle Einsatzbereitschaft nachhaltig zu verbessern und die aktuellen Mängel abzustellen.

Aufgrund der Komplexität wird es keine einfachen und schnellen Lösungen geben, aber die Union stellt sich den Herausforderungen und wird die Situation der Bundeswehr konsequent Schritt für Schritt verbessern. Das sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten schuldig, die im In- und Ausland ihren Dienst für unser Land leisten.



Florian Oßner MdB

Deutsche Einheit

Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich angeglichen

Die ostdeutsche Wirtschaft steht auf solidem Fundament. So steht es im Jahresbericht zur Deutschen Einheit, der am Freitag im Bundestag debattiert wurde. 25 Jahre nach dem Mauerfall hat sich die Lebensqualität in den alten und neuen Ländern weitgehend angeglichen. Dennoch: Es bleibt noch viel zu tun.

In diesen Tagen sind die Erinnerungen allgegenwärtig. Die Friedliche Revolution im Herbst 1989 war ein Kampf der Bürger für Freiheit und Demokratie. Die CSU hat stets an der Deutschen Einheit festgehalten: 1973 reichte die bayrische Staatsregierung auf Drängen von Franz Josef Strauß Klage gegen den DDR-Grundlagenvertrag ein. Wichtig auf dem Weg zur Deutschen Einheit war auch das vom CSU-Europaabgeordneten Otto von Habsburg veranstaltete „Paneuropäische Picknick“ am 19. August 1989. Damals nutzten 700 DDR-Bürger eine kurze Öffnung des Eisernen Vorhangs, um in den Westen zu flüchten.

„Ich habe in meinem politischen Leben nie größere Freude und Dankbarkeit erlebt, als in diesen Tagen rund um



Foto: picture alliance/dpa

den Fall der Mauer 1989“, sagte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hassfeldt rückblickend. Ein knappes Jahr nach dem Mauerfall folgte die Wiedervereinigung. Heute steht die ostdeutsche Wirtschaft so gut da wie nie zuvor, bilanziert der Jahresbericht: Das Bruttoinlandsprodukt hat sich seit Anfang der 1990er Jahre mehr als verdoppelt. 2013 zogen erstmals mehr Menschen von West nach Ost

als umgekehrt, die Arbeitslosigkeit liegt in Ostdeutschland unter zehn Prozent. Trotzdem: Noch immer liegt die Arbeitslosenquote deutlich über Westniveau. Insgesamt kommt der Bericht jedoch zu positiven Ergebnissen. Das spüren auch die Menschen vor Ort. In einer jüngsten Umfrage sagen 96 Prozent der 30-jährigen Ostdeutschen, dass die Wiedervereinigung Vorteile gebracht habe.

Diese Woche

Bildung und Forschung Mehr Geld für Studenten	1
Deutsche Einheit Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich angeglichen	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich eine Fragestunde?	2
Gute Arbeit in Entwicklungsländern „Nicht abwarten, mitmachen“	3
Flüchtlingsunterkünfte Befristete Lockerung im Baugesetzbuch	3
Hassfeldt trifft Emerson USA-Partnerschaft	3
Partnerland Zu Besuch in Polen	3
Arbeitsmarkt Jugendarbeitslosigkeit intensiv bekämpfen	4
Digitales Synergieeffekte für schnelle Netze	4
Ortstermin zum Thema Pflege „Wir machen Politik für Menschen“	4
Schutz vor IS-Kämpfer Eckpunkte vorgestellt	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Redaktion: Inge Niebergall
Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich eine Fragestunde?

Fragen und Antworten gibt es jede Sitzungswoche im Plenum des Deutschen Bundestages. In der Fragestunde kann jeder Abgeordnete die Regierung zu verschiedenen Themen löchern. Doch wie läuft eine solche Fragestunde ab?



Foto: Deutscher Bundestag/Marc Steffen Unger

Am Mittwoch einer jeden Sitzungswoche stehen Minister oder Parlamentarischen Staatssekretäre den Abgeordneten im Plenum zu verschiedenen Themen Rede und Antwort. Anders als der Name vermuten lässt, dauert die Fragestunde nicht 60 Minuten, sondern in der Regel bis zu zwei Stunden. Die Abgeordneten erlangen so neue Erkenntnisse über Sachverhalte und das Parlament nimmt eine seiner wichtigsten Aufgaben wahr: die Kontrolle der Bundesregierung. Jedes Mitglied des Deutschen Bundestages hat die Möglichkeit, zwei

Fragen gegebenenfalls mit jeweils bis zu zwei Unterfragen schriftlich an die Bundesregierung zu stellen, die anschließend mündlich im Plenum beantwortet werden. Dort können die Fragesteller, aber auch jeder andere Abgeordnete Zusatzfragen stellen, um so weitere Informationen zu erhalten. In dieser Woche gab es unter anderem Fragen zum Thema Fracking, Bildung und Forschung und zum Klimaschutz. Fragen von nicht anwesenden Abgeordneten beantwortet die Regierung innerhalb einer Woche schriftlich.

Gute Arbeit in Entwicklungsländern

„Nicht abwarten, mitmachen“

„Gute Arbeit weltweit - Verantwortung für Produktion und Handel in Entwicklungsländern und Schwellenländern gerecht werden.“ Unter dieser Überschrift haben die Koalitionsfraktionen im Bundestag einen Antrag verabschiedet.



Foto: picture alliance/dpa

Die Koalitionsfraktionen setzen sich für bessere Bedingungen für die Menschen ein, die in Entwicklungs- und Schwellenländern Waren – wie zum Beispiel Textilien – auch für unseren Markt herstellen. Unternehmen werden darin aufgefordert, sich stärker für die Einhaltung von sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Kriterien in den Produktionsländern zu engagieren, und zwar über die gesamte Lieferkette hinweg. Mit Bezug auf das

von ihm initiierte Textilbündnis appellierte Bundesminister Dr. Gerd Müller an die Unternehmen: „Nicht abwarten, mitmachen!“ Müller betonte auch, dass diese Themen „bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern auf die Tagesordnung“ müssen. Die Zustände in manchen Ländern bezeichnete Müller als „Ausbeutung“. „Geiz ist geil ist nicht sexy, sondern naiv!“ stellte er fest und forderte faire Löhne für die Menschen und für ihre Familien.

Flüchtlingsunterkünfte

Befristete Lockerung im Baugesetzbuch

In den letzten zwölf Monaten hat sich die Zahl der Asylbewerber hierzulande fast verdoppelt. Für das laufende Jahr wird mit über 200.000 Flüchtlingen gerechnet. Die stetig steigende Zahl an Flüchtlingen aus den Krisengebieten stellt Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Die Frage ist: Wie können so viele Flüchtlinge schnell und menschenwürdig untergebracht werden?



Foto: picture alliance/dpa

Diese Woche hat das Bundeskabinett einem auch aus Bayern unterstützten Antrag des Bundesrates zugestimmt, der für den Bau von neuen Flüchtlingsheimen eine befristete Lockerung des Baurechts vorsieht. Hierdurch soll eine zeitlich befristete Unterbringung von Flüchtlingen auch dort möglich werden, wo dies bislang ausgeschlossen ist, etwa in Gewerbegebieten. Bei den anstehenden

Gesetzesberatungen im Bundestag wird sich die CSU-Landesgruppe mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Kommunen schnell handlungsfähig werden. Aber nicht nur der Bund, die Städte und Gemeinden müssen handeln. Die Länder sind in der Pflicht, in den Unterkünften Sicherheit zu gewährleisten. Vorkommnisse wie im nordrhein-westfälischen Burbach dürfen sich nicht wiederholen.

Hasselfeldt trifft Emerson



Foto: CSU-Landesgruppe

USA-Partnerschaft

Zu einem Gespräch über die aktuellen Krisen und die transatlantischen Beziehungen traf CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, John B. Emerson. Zwar sei das Thema NSA für Deutschland noch nicht abgeschlossen, die vielen politischen Krisen weltweit zeigten jedoch, so Gerda Hasselfeldt, wie wichtig eine weiterhin enge Partnerschaft mit den USA für Deutschland und Europa sei. Zur Vertiefung der parlamentarischen Beziehungen der Landesgruppe wird Hasselfeldt Ende des Monats mit einer kleinen Delegation politische Gespräche in Washington, New York und Boston führen.

Partnerland



Foto: CSU-Landesgruppe

Zu Besuch in Polen

Gerda Hasselfeldt, Max Straubinger und Astrid Freudenstein haben sich in Warschau über die Entwicklung des Partnerlandes Polen informiert. Die Delegation zeigte sich sehr beeindruckt von der positiven Entwicklung des Landes in den vergangenen Jahren: Polen profitiere von den konsequent durchgeführten Strukturreformen und einer soliden Haushaltspolitik. Neben der wirtschaftlichen Lage standen auch die außenpolitischen Krisen im Mittelpunkt des Besuchs. Dabei ging es um die Auswirkungen der Destabilisierung der Ukraine auf Polen und Deutschland. Die Abgeordneten machten deutlich, dass Deutschland und Polen in EU und Nato weiterhin Seite an Seite stehen sollten.

Arbeitsmarkt

Jugendarbeitslosigkeit intensiv bekämpfen

Der bayerische Arbeitsmarkt steht gut da. Damit dies so bleibt und Erfahrungen der Arbeit vor Ort in die Arbeitsmarktpolitik einfließen können, traf sich die CSU-Landesgruppe mit dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit (BA).



Foto: picture alliance/dpa

Mit einer Jugendarbeitslosenquote von nur 3,2 Prozent habe Bayern die zweitniedrigste Quote in ganz Deutschland. Das berichtete Ralf Holtzwardt von der Regionaldirektion Bayern den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe. Neben der Jugendarbeitslosigkeit standen der Fachkräftebedarf, die Effektivität von Maßnahmen zur Integration von Langzeitarbeitslosen und die notwendigen Rahmenbedingungen für Un-

ternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Zentrum des Gesprächs. Auch konkrete Herausforderungen und Initiativen in den Wahlkreisen wurden intensiv diskutiert.

Im Mittelpunkt einer langfristig erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen gute Arbeitsplätze sichert, müsse das Prinzip „fördern und fordern“ stehen, so die einhellige Meinung.

Schutz vor IS-Kämpfer



Foto: CSU-Landesgruppe

Eckpunkte vorgestellt

Für einen besseren Schutz vor Dschihadisten und ihren Anhängern in Deutschland haben am 9. Oktober der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Mayer und der stellvertretende Vorsitzende Thomas Strobl ein Eckpunktepapier vorgelegt. „Es ist sehr ernst zu nehmen, wenn 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den sogenannten Islamischen Staat als Bedrohung wahrnehmen“, sagte Mayer. Das Papier umfasst konkrete Maßnahmen für die frühzeitige Aufklärung terroristischer Strukturen im In- und Ausland, für die konsequente Strafverfolgung sowie für den Schutz vor rückkehrenden Dschihadisten.

Digitales

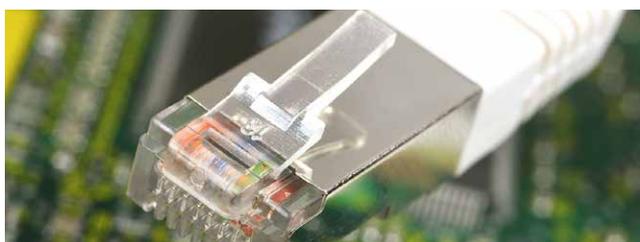


Foto: picture alliance/chromorange

Synergieeffekte für schnelle Netze

Schnelles Internet für jedermann – aber wie ist dies machbar? Ziel ist es, bis 2018 in Deutschland eine Breitbandversorgung mit 50 Mbit/S zu schaffen. Denn ein modernes Land braucht moderne Netze. Für die Menschen in unserem Land, die Wettbewerbsfähigkeit und den Innovationsstandort Deutschland ist ein schnelles und flächendeckendes Internet von großer Bedeutung.

Am Donnerstag stimmte der Deutsche Bundestag deshalb für den flächendeckenden Breitbandausbau. Die CSU-Landesgruppe schlug dazu unter anderem vor, verstärkt Synergieeffekte und bereits vorhandene Infrastruktur zu nutzen. „Pragmatische Lösungen sind gefragt“, unterstrich der CSU-Abgeordnete Karl Holmeier im Plenum. Bereits bestehende Strom-, Gas-, Fernwärme- und Abwassernetze sowie die Verkehrsnetze bieten ein hohes Potenzial für einen kosten- und ressourcenschonenden Breitbandausbau im Festnetz.

Ortstermin zum Thema Pflege



Foto: CSU-Landesgruppe

„Wir machen Politik für Menschen“

Eine älter werdende Gesellschaft, Nachwuchssorgen in der Branche: Die Pflege steht vor großen Herausforderungen. Eine Reform der Pflege ist deshalb eines der Schwerpunkte der schwarz-roten Koalition, sagte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt bei einem Besuch des Lebenszentrum Gräfin Arco in Bad Birnbach. Gemeinsam mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Max Straubinger besuchte sie die neueste Pflegeeinrichtung des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) und sprach mit dem BRK-Kreisgeschäftsführer Herbert Wiedemann und der Leitung des Lebenszentrums über die aktuelle Situation und neue Konzepte in der Pflege. „Wir machen Politik für Menschen. Die Meinung von Experten und der Blick für die Praxis sind dabei von entscheidender Bedeutung“, so Hasselfeldt und ergänzt: „Das Lebenszentrum verwirklicht ein dezentrales Konzept, bei dem die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner im Mittelpunkt stehen.“ Dies sei moderne Pflege, die beispielgebend ist.